

Geschäftsjahr: Kalenderj. **Gen.-Vers.:** innerhalb 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsj. **Stimmrecht:** je 10 Aktien = 1 St.

Gewinn-Verteilung: 5% zum R.-F. bis dieser 10% des A.-K. erreicht hat, sodann bis 4% Div. an die Aktie, vom Rest 10% Tant. an V.-R., Überrest zur Verfüg. der G.-V.

Bilanz am 31. Dez. 1915: Aktiva: Grundstücke 97 055, Fabrikgebäude 443 518, Brennöfen 278 136, Masch. 157 187, elektr. Licht- u. Kraftanlagen 16 367, Bureau-Gebäude 8032, Werkzeug u. Utensil. 5057, Gleis-Anlage 46 328, Beamten- u. Arb.-Wohnhäuser 109 392, Effekten 5328, Kasse 2106, Aussenstände 170 211, Waren 213 646, Material. 29 607, Oblig.-Anleihe-Unk.-Kto 31 538, Verlust 199 319. — Passiva: A.-K. 1 000 000, Oblig.-Anleihe 500 000, Coup. 6925, Kredit. 280 908, Delkr.-Kto 25 000. Sa. K 1 812 833.

Gewinn- u. Verlust-Konto: Einnahmen: Fabrikat.-Kto 163 501, Verlust 199 319. — Ausgaben: Verlust-Vortrag v. 1914 90 265, Betriebs-Unk. 131 568, Handl.-Unk. 39 685, Arb.-Wohlfahrt 4048, Zs. 33 874, Kto Dubio 19 848, Abschreib. auf Fabrikgebäude 9051, do. auf Brennöfen 5676, do. auf Masch. 17 465, do. auf elektr. Licht- u. Kraft-Anlagen 1818, do. auf Bürogebäude 163, do. auf Werkzeug u. Utensil. 1685, do. auf Gleis-Anlage 2438, do. auf Beamten- u. Arb.-Wohnh. 2232, do. auf Oblig.-Anleihe-Unk. 3000, zus. 43 532. Sa. K 362 821.

Dividenden 1911—1915: 0, 0, 0, 0, 0, 0%.

Zahlstellen: Hruschau: Ges.-Kasse; Wien: J. M. Miller & Co.; Dresden: Gebr. Arnhold.

Verwaltungsrat: Präs. Dr. Heinrich Ritter von Miller zu Aichholz, Wien; Vizepräs. Gen.-Dir. R. Jungeblut, Charlottenburg; Dr. August Ritter von Miller zu Aichholz, Wien; Dr. Heinrich Arnhold, Dresden; Dir. Adolf Pohl, Charlottenburg; Paul Salomon, Berlin.

Betriebsdirektor u. Prokurist Max Kiex, Hruschau.

Kjøbenhavns Telefon-Aktieselskab zu Kopenhagen.

(Kopenhagener Telephon-Aktien-Gesellschaft.)

Gegründet: 14./12. 1893.

Zweck: Der Betrieb von Fernsprechern sowie nach Ermessen des Vorstandes sonstiger damit in Verbindung stehender Unternehmungen. Die Ges. übernahm die sämtl. Anlagen u. Telefonverbindungen der zur Auflösung gelangenden „Kjøbenhavns Telefon-Selskab“.

Konzession: Durch Erlass des kgl. dänischen Ministeriums des Innern vom 6./10. 1898 ist der Ges. auf Grund des Gesetzes Nr. 84 vom 11./5. 1897 über Telegraphen u. Telephone eine ausschliessliche Konzession für den Bau u. Betrieb von Telefonen auf der Insel Seeland (nebst Amack) u. zwar auf einen Zeitraum von 20 Jahren — also bis zum 6./10. 1918 — erteilt worden. Nach dieser Konzession werden die Tarife der Ges. alle 5 Jahre von dem Minister der öffentlichen Arbeiten einer Revision unterzogen. Die letzte Tariffestsetzung hat im Jahre 1913 für eine neue fünfjährige Periode bis zum 1./10. 1918 stattgefunden. Zur Sicherstellung des ständigen u. ungestörten Betriebes während der Konzessionsdauer ist der Ges. ferner die Verpflichtung auferlegt, bei Erteilung der Konzession den Betrag von Kr. 100 000 für einen R.-F. bereitzustellen u. ab 1./1. 1899 um einen vom Minister des Innern festzustellenden Teil des jährl. Reingewinns (jedoch nicht über 10% des Reingewinns) zu erhöhen. Die reservierten Beträge sind in Gemässheit eines dem Minister vorzulegenden Planes verzinslich anzulegen. Sämtliche dem Fonds angehörenden Wertpapiere sollen mit einem Vermerk des Ministers über ihre Bestimmung versehen werden. Die bisher für den Fonds reservierten Wertpapiere im ausmachenden Betrage von Kr. 155 076 sind in dem in der Bilanz aufgeführten Posten „Bestand an Oblig. Kr. 168 608.45“ enthalten. Eine weitere Erhöhung des Fonds soll einstweilen nicht stattfinden. Im Jahre 1918 kam nach langwierigen Verhandlungen eine neue Konzession auf weitere 20 Jahre zustande. Nach dieser Konzession hat die Regierung das Recht, die Hälfte aller neu auszugebenden Aktien zu übernehmen und nach Ablauf der 20 Jahre die ganzen Anlagen, Rechte und Verpflichtungen der Ges. zu einem festen Kurse zu übernehmen. Die Abmachungen über das Rechnungswesen, die Vorschriften für die Abschreibungen, Bestimmungen über die Tarifregulierungen blieben unverändert. Gleichzeitig aber einigte man sich über einen neuen Maximaltarif für die folgenden 3 Jahre.

Kapital: Kr. 18 000 000; anfangs Kr. 8 000 000; erhöht auf Kr. 14 000 000 lt. Beschluss der G.-V. vom 13./4. 1908 u. auf Kr. 18 000 000 lt. Beschl. der G.-V. vom 3./4. 1911.

Obligationen:

4 1/2% Anleihe von 1901. Kr. 3 500 000, davon in Umlauf 31./12. 1918: Kr. 700 000. Tilg.: Von 1903—1922.

4 1/2% Anleihe von 1906. Kr. 4 000 000, davon in Umlauf 31./12. 1918: Kr. 1 600 000. Tilg.: Von 1907—1926.

5% Anleihe von 1909 mit 102% rückzahlbar. Kr. 6 000 000 = M. 6 750 000, davon in Umlauf 31./12. 1918: Kr. 4 400 000, in Stücken à Kr. 444.44, 888.89, 1777.78 = M. 500, 1000, 2000. Die Oblig. sind an die Order der Norddeutschen Bank in Hamburg ausgestellt, jedoch ist die Bank den Inhabern der Oblig. aus dem Indosso nicht verhaftet. Zs.: 2./1., 1./7. Tilg.: Vom 2./1. 1911 ab durch Verlosung zu 102% 1./10. (zuerst 1./10. 1910) per 2./1. des folgenden Jahres mit jährl. 1/30 des ursprüngl. Anleihebetrages; vom 1./10. 1919 ab verstärkte Tilg. u. Gesamtkündig. zu 102% mit 3monat. Frist zulässig. Falls nach Ablauf der Konzession der Staat das Unternehmen erwirbt, sind die noch im Umlauf befindlichen Oblig. auf dem nächsten zulässigen Termin zur Rückzahl. zu bringen.